

Lübecker Nachrichten

Freitag, 09. Januar 2015

Christen, Muslime und Politik vereint

Religionsvertreter und Politiker im Norden verurteilen das Attentat – und warnen vor Instrumentalisierung.

Cebel Küçükkaraca, Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein, verurteilt den Anschlag auf das Satiremagazin aufs Schärfste: „Ein derartiges Verbrechen kann durch keine Weltanschauung oder Religion gerechtfertigt werden. Während Europa und die Welt nun nach Paris schauen, dürfen wir es jedoch nicht zulassen, dass andere radikale Gruppen diese schreckliche Tat instrumentalisieren, um damit ihre Hetze gegen friedliche Bürger mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Identitäten in Deutschland zu begründen.“



Bischof Gerhard Ulrich.

Gerhard Ulrich, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Nordkir-

che, ruft dazu auf, „jetzt noch stärker an der Seite der für ein friedliches Miteinander engagierten Muslime und ihrer Gemeinden zu stehen“. Deutlich werde in diesen Tagen erneut, „dass wir in unserem Land, in Europa und in der Welt kein Pegida-Gedankengut brauchen“.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender, warnt: „Wer dieses furchtbare Ereignis für Hetze instrumentalisiert, verhöhnt die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“

Daniel Günther, Chef der CDU-Landtagsfraktion, sagt: „Bei aller notwendigen Wachsamkeit

darf die Antwort unserer Gesellschaft darauf jetzt nicht aus weniger Freiheit, einer Selbstbeschränkung von Meinungsäußerungen oder Angst und Hass bestehen – im Gegenteil.“ Er sei deshalb beeindruckt von den Medien, die gerade jetzt Karikaturen von Charlie Hebdo verbreiten. „Sie zeigen allen Extremisten, dass sie unsere Meinungsfreiheit mit ihren Attentaten nicht beschneiden.“ Er freue sich über die klaren Aussagen von Muslimen, die mitteilten, dass das Attentat auch ihre Religion beleidige.

Wolfgang Kubicki, FDP-Fraktionschef im Landtag, richtet eine Mahnung an die Kieler Landesregie-



Daniel Günther (CDU). Fotos: dpa

rung. Wer jetzt noch darauf dränge oder daran festhalten wolle, weniger Mitarbeiter beim Verfassungsschutz oder bei der Polizei zu fordern, habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt. „Wir brauchen mehr Sicherheitskräfte, um unsere Freiheit zu bewahren.“

Eka von Kalben, Fraktionschefin der Grünen im Kieler Landtag, sagt, die Tat mache sie fassungslos. Es sei ihr unbegreiflich, wie die AfD jetzt versuche, aus dem feigen Anschlag eine politische Stimmung gegen den Islam und die Muslime zu schüren. „Mich macht das wütend. Niemand ignoriert oder verharmlost die Gefahr vor Islamisten.“

ctö